

# Volksentscheid, 27.4.: Tempelhof schließen – Flugverkehr reduzieren!

Am 27. April wird per Volksentscheid über die Einstellung des Flugverkehrs in Tempelhof abgestimmt. Die von CDU und FDP finanzierte Kampagne will einen Flughafen für Superreiche retten. Senat und SPD-LINKE-Mehrheit im Abgeordnetenhaus argumentiert, man würde damit den Ausbau des Flughafen Schönefeld zum internationalen Drehkreuz gefährden und damit Berlin im „Wettbewerb“ der Städte zurück werfen. Die Interessen der Wohnbevölkerung und der arbeitenden Menschen spielen für die einen wie für die anderen keine Rolle. Daher:

## ⊗ Nein zum Flugverkehr in Tempelhof

## ⊗ Nein zu Umweltzerstörung und Standort-Logik

Die Freunde des VIP-Flughafens argumentieren mit dem „einmaligen Standortvorteil“ Berlins durch den Flughafen Tempelhof – weil die Fahrt nach Schönefeld 13 Minuten länger dauert! Für einige Luxusflieger ein bedauernswerter Umstand. Dafür sollen höhere Risiken und erhöhter Lärm für die dicht besiedelten Gebiete unter der Einflugschneise in Kauf genommen werden – denn dort stehen ja nicht die Luxusvillen der entsprechenden Klientel.

Aber den Antragsstellern, vor allem der CDU, geht es in erster Linie darum, ihre jahrelange Krise nach Bankenskandal und folgender Abwahl zu überwinden. Über das Volksbegehren zu Tempelhof soll der Weg zurück in den Senat für die abgehalfterte CDU und die Radikal-Privatisierer von der FDP geebnet werden.

Die Gegenargumentation ist allerdings nicht besser. SPD und LINKE schreiben

in der Stellungnahme des Senats: Wer das Volksbegehren unterstütze, „gefährdet die Realisierung des Flughafens BBI“ (Berlin Brandenburg International in Schönefeld), „BBI ist ein auf die zukünftigen Anforderungen des Luftverkehrs ausgerichteter, leistungs- und konkurrenzfähiger [...] Flughafen“.

**„Ick zahl doch nicht für'n Flughafen!“**

„Ohne einen leistungsfähigen Flughafen im Wettbewerb mit anderen Standorten nicht bestehen“, so der rot-rote Senat. Und die rot-rote Mehrheit im Abgeordnetenhaus fürchtet um einen „entscheidenden Vorteil im Wettbewerb mit anderen Metropolen dieser Welt“.

### Lärm weg – Miete rauf?

Die Gefahren und der Lärm der Flugzeuge in Tempelhof soll endlich ein Ende haben. Wunderbar. Doch dafür drohen höhere Mieten.

Wer bisher die Flugzeuge ertragen musste, soll nun dafür zahlen, dass das Wohnen menschenwürdiger wird?

**Wir fordern vom SPD-LINKE-Senat:**

- Mietpreis-Stopp in allen vom abziehenden Flugverkehr betroffenen Gebieten
- Wohnungsbau auf dem Gebiet des ehemaligen Flughafens nur für Wohnungen in öffentlichem Eigentum mit sozialer Mietpreisgestaltung

### Neugestaltung Tempelhofer Feld unter demokratischer Kontrolle!

Das Tempelhofer Feld ermöglicht nach dem Ende des Flugbetriebs neue Möglichkeiten: Wohnen, Sport, Flächen für Jugendliche ... - vieles kann entstehen. Doch wer entscheidet darüber? Ein Senat der die „Wettbewerbsfähigkeit“ und damit die Profitmaximierung für einige wenige im Vordergrund sieht oder die Menschen, die jetzt schon in Neukölln und Tempelhof wohnen?

**Wir fordern:**

- Öffentliche Debatte und demokratische Entscheidung über Verwendung der Flächen
- Keine Subventionen, keine Billigflächen an private Firmen.



**SAV Sozialistische Alternative** ■  
Stadtverband Berlin, [www.sozialismus.info/berlin](http://www.sozialismus.info/berlin)

Infos, Kontakt & ViSdP: Stephan Kimmerle c/o SAV, Littenstr. 106 / 107, 10179 Berlin, [berlin@sav-online.de](mailto:berlin@sav-online.de), Tel.: 030 / 247 238 02

Der Flugverkehr in Berlin ist seit 2004 um ein Drittel gestiegen und umfasst insgesamt 2008 20 Millionen Passagiere. BBI ist darauf ausgelegt, den Flugverkehr erneut um 25% auf 25 Millionen kurzfristig und 40 Millionen Passagiere mittelfristig zu erhöhen.

## Öffentliche Gelder für Klimakiller Flugverkehr

Der Umweltkiller Flugverkehr soll rigoros ausgeweitet werden; mit öffentlichen Geldern: „Die Kosten für den Großflughafen wurden bislang auf zwei Milliarden Euro veranschlagt. Hinzu kommen die Zinsen für die erforderlichen Bankkredite über rund 1,1 Milliarden Euro. Die Länder Berlin und Brandenburg steuern laut Finanzierungskonzept je 159 Millionen Euro und der Bund als dritter Gesellschafter 112 Millionen Euro zum Projekt bei. Die Flughafengesellschaft trägt einen Eigenanteil von 440 Millionen Euro.“ (Welt.de, 14.3.08)

## Und alles für den Wettbewerb der Städte?

Die Konkurrenz der Städte und Regionen ist für die arbeitende Bevölkerung sinnlos und ruinös: Statt nach dem Bedarf und in Einklang mit der Umwelt den Verkehr und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu planen, versucht jede Region gegenüber der anderen in Vorteil zu gelangen: Hier ein subventionierter Flughafen, dort ein mit Steuergeldern aufgebaute Gewerbepark, dort eine neue Messe.

Diese Politik wird vom SPD-LINKE-Senat konsequent betrieben. Statt mit anderen Städten gemeinsam darum zu kämpfen, dass endlich Unternehmen und Kapitalbesitzer zur Kasse gebeten werden, unterbietet Berlin zum Beispiel die Stadt Potsdam bei der Gewerbesteuer. Würde Berlin den Gewerbesteuerersatz nur auf das Potsdamer Niveau anheben, dann hätte das Land im Jahr 70 Millionen Euro mehr in der Kasse.

Doch stattdessen akzeptiert der Senat, dass sich Unternehmen wie Nokia, CNH / Fiat, Daimler und andere die Rosinen heraus picken, niedrigere Steuern zahlen, Subventionen einkassieren und dann wieder weiter ziehen.

Aus dieser Logik heraus soll der Flughafen BBI entstehen.

## Von wegen „Kein Geld für VIP-Flughafen“

Und auch die Geschäftsflieger werden vom SPD-LINKE-Senat getrötet: Auf den Plakaten propagieren die beiden Parteien noch, kein Geld für VIP-Flughäfen auszugeben. In der Begründung des Abgeordnetenhauses, das heißt seiner SPD-LINKE-Mehrheit, heißt es: „Die Flughafengesellschaft [voll im Besitz des Landes] hat in Schönefeld bereits 7,5 Millionen Euro für Geschäftsflieger investiert.“

„Flughafen für Superreiche? Wir lassen uns nicht auf den Arm nehmen!“

## Symbol der Freiheit?

Und dann bleibt noch das Argument der Symbolkraft des Flughafens Tempelhof. Das „*Monstrum aus der Nazi-Zeit*“, so die Zeitschrift Stern über den Flughafen Tempelhof, wird vom SPD-LINKE-Senat „als Ort der Luftbrücke“ und daher „Symbol der Freiheit in der Geschichte Berlins“ gepriesen. Der Tagesspiegel am 17. Juni 07 dazu: „Der Flughafen Tempelhof ist das größte existierende Zeugnis der wahnhaften Nazi-Architektur, eines der größten Gebäude der Welt: Der Architekt Ernst Sagebiel erfüllte Hitler jeden Wunsch und entwarf für den schon 1923 eröffneten Flughafen „Worte aus Stein“, die in die „Jahrtausende der Zukunft“ hineinragen sollten: Kantige, nackte Fassaden, Kathedralenfenster, riesige Säulen und Treppenhäuser, aufgerichtet auf einem Grundriss, der die Prinzipien absolutistischer Schlösser aufnahm – auch und vor allem eine Tribüne zur Abnahme riesiger Siegesparaden, die aus bekanntem Grund ausblieben.“

## Wir fordern:

- Einstellung des Flugbetriebs in Tempelhof. Ersatzarbeitsplätze für alle Betroffenen bei gleichem Lohn.
- Bundesweite gesamtgesellschaftliche Planung des Verkehrs gemäß den Bedürfnissen der Menschen und den Anforderungen der Umwelt. Bis dahin: Ausbaustopp des Milliardenprojekts Luftdrehkreuz Schönefeld.
- Bahnprivatisierung verhindern, Ausbau der Bahn bei drastisch gesenkten Preisen
- Kooperation der Städte und gemeinsames Vorgehen: Die Reichen und Konzerne müssen endlich zur Kasse gebeten werden – Schluss mit dem ruinösen Wettbewerb der Städte mit neuen Flughäfen, neuen Messengeländen, niedrigen Gewerbesteuerätzen!
- Gelder für Bildung, Soziales und Gesundheit statt für Prestigeprojekte und Profitlogik.



## Was will die SAV?

Kein Arbeitsplatz ist mehr sicher. Alle sozialen Rechte sind bedroht. Die Umwelt geht kaputt. So sieht Kapitalismus heute aus. Eine kleine Minderheit besitzt die Banken und Konzerne, hält den Reichtum und die wirtschaftliche Macht in ihren Händen. Oberstes Prinzip in diesem System ist der Profit.

Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu

verbinden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. In der DDR gab es keinen Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene Bürokratie.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.



[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)